

Die Umweltorganisationen beweisen : eine alternative Energiepolitik ist möglich!

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **0 (1978)**

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585937>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Umweltorganisationen beweisen: EINE ALTERNATIVE ENERGIEPOLITIK IST MÖGLICH!

Nun liegt es vor, das langversprochene Energiekonzept "Jenseits der Sachzwänge". Anfangs Oktober haben die wichtigsten schweizerischen Umweltorganisationen ihr gemeinsam erarbeitetes Energiekonzept Schweiz (EKCH) der Oeffentlichkeit vorgestellt. Es ist auf grosses Interesse gestossen.*

Bei der Gründung unserer Stiftung vor zwei Jahren hatten wir versprochen, den Vorstellungen der GEK (Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption) einen eigenen Entwurf gegenüberzustellen. Wichtige Vorarbeiten dazu hatten SES-Leute schon geleistet: unter anderem hatten sie im Auftrag der GEK die (Alibi-)Stabilisierungsvariante erarbeitet.

Um der Gegenkonzeption ein grösseres politisches Gewicht zu verleihen und um mit mehr finanziellen Mitteln eine ausführlichere Studie machen zu können, beschloss die frischgegründete SES, die grossen Umweltorganisationen zur Mitarbeit aufzufordern. So treten heute SBN, SES, SGU, SSES, SVV und WWF zum ersten Mal gemeinsam in der Energiepolitik auf und wollen dies in wichtigen Fragen auch in Zukunft tun.

EIN PLANSPIEL

Die Arbeit an unserem Konzept hat ein gutes Jahr gedauert und 100'000 Franken gekostet. Ende Jahr soll der GEK-Schlussbericht vorgelegt werden. An diesem fast 2000 Seiten starken Dokument hat eine Kommission, in der die Grossindustrie gut vertreten war, unter dem Vorsitz von Mo-

**) Schweizerischer Bund für Naturschutz (SBN)*

Schweizerische Energiestiftung (SES)

Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU)

Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie (SSES)

Schweizerische Vereinigung für Volksgesundheit (SVV)

WWF Schweiz

tor-Columbus-Präsident Kohn vier Jahre gearbeitet und dabei mehrere Millionen ausgegeben. Um diesem gewichtigen Fehlentwurf in der öffentlichen Diskussion wirksam entgegenzutreten zu können, haben die Umweltorganisationen sich darauf geeinigt, nicht ein Leitbild zu entwickeln, das den eigenen Vorstellungen entspricht, sondern in einem Planspiel von den Voraussetzungen der GEK auszugehen. Die EKCH-Autoren haben die Annahmen der GEK über Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, über Zuwachsraten von Verkehr, Industrieproduktion und Wohnungsbestand übernommen, auch wenn wir zum Beispiel eine jährliche Zunahme des Brutto sozialprodukts um 2,5%, eine Verdoppelung der Industrieproduktion bis zum Jahr 2000 oder die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Leibstadt für unwahrscheinlich oder schädlich halten.

DURCHDACHTE MASSNAHMEN

Um diese Ziele zu verwirklichen, schlagen die Umweltorganisationen unter anderem vor, eine Energiesteuer zu erheben. Die Einnahmen von rund 1,5 Milliarden jährlich sollen dazu dienen, energiesparende Massnahmen und regenerierbare Energiequellen zu erforschen und zu fördern. Der Grundbedarf der Haushalte soll von der Steuer ausgenommen werden.

Ausserdem sieht die EKCH eine lange Reihe von weiteren Massnahmen vor, um zu erreichen, dass die knappe Energie sinnvoll genutzt wird. So soll zum Beispiel die Gestaltung der Stromtarife hohen Verbrauch bestrafen, statt ihn wie bisher zu belohnen. Der Industrie muss erlaubt werden, selbst erzeugten Strom in das Netz einzu-



speisen. Der energiesparende öffentliche Verkehr soll gefördert werden. Strenge Vorschriften für die Gebäudeisolation können den Heizölverbrauch wesentlich senken. Ein Verfassungsartikel soll die Ziele der Energiepolitik umschreiben und die rechtlichen Grundlagen für diese Massnahmen liefern.

Nicht nur "Spezialisten" sollen sich mit der Energiepolitik befassen. Zwar ist "Jenseits der Sachzwänge" interessant und leicht lesbar geschrieben, aber ein 200-seitiges Buch ist vielleicht nicht jedermanns Sache. Deshalb haben die Umweltorganisationen die Grundideen der Studie im beiliegenden Heft illustriert dargestellt.

ENERGIE - ZUKUNFT

ist auch für den Gebrauch in den Schulen bestens geeignet. Weitere Exemplare können Sie für Fr. 2.-- bei der SES bestellen.

Die EKCH bietet keine monumentale, gewalttätige Patentlösung à la Kernenergie. Ihr Konzept: ein feinmaschiges Netz vielfältiger, gut durchdachter Massnahmen in den verschiedensten Gebieten. Ueberall dort, wo unter dem Eindruck sinkender Preise Energie sorglos verschwendet wurde oder wo die Energiewirtschaft in ihrem Gewinnstreben den Verbrauch sinnlos förderte, soll eine Umkehr eingeleitet werden. Gesetze und Verordnungen, die dem entgegenstehen, müssen abgeändert werden.

SICHERE ARBEITSPLÄTZE

Diese Gegenkonzeption wird in den ersten sechs Kapiteln von "Jenseits der Sachzwänge" Schritt für Schritt entwickelt. Im siebenten wird sie dann auf Herz und Nieren geprüft. Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft, die Umwelt, den Ressourcenverbrauch und die Auslandabhängigkeit werden im Einzelnen untersucht. Dabei kommen die EKCH-Autoren unter anderem zum Schluss, dass mit der vorgeschlagenen Politik langfristig mehr und bessere Arbeitsplätze gesichert werden als mit

energie-intensiven, zentralisierten Grossprojekten wie Atomkraftwerken und Fernheiznetzen.



Im achten Kapitel werden grundsätzliche Fragen gestellt. Der Rahmen des Planspiels wird gesprengt. Sind die von der GEK übernommenen Annahmen sinnvoll? Was soll eigentlich wachsen? Was ist Lebensqualität?

ES IST MÖGLICH...

Heute werden die Weichen gestellt für die Zukunft der Energiewirtschaft. Zwei grundsätzlich verschiedene Wege stehen offen: Die Nuklearisierung des Energiesystems oder eine konsequente Energienutzung durch ein Verbundsystem, das sich stark auf alternative Energiequellen stützt.

Die Umweltorganisationen haben mit "Jenseits der Sachzwänge" bewiesen, dass ein Verzicht auf den weiteren Ausbau der Kernenergie, eine Verminderung der Auslandabhängigkeit und eine umweltgerechtere Energiepolitik sogar unter den fragwürdigen Annahmen der GEK ohne vermehrte Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Nachteile oder Komforteinbusse möglich ist.

Letzten Sommer empfing Bundesrat Ritschard eine Delegation der SES. Damals hat er uns versprochen, der GEK-Bericht werde nicht automatisch Grundlage der offiziellen Politik, unsere Vorstellungen sollten ebenfalls berücksichtigt werden. Wir erwarten, dass er dieses Versprechen hält.